

Tätigkeitsbericht des Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung e.V. (BUG) für das Jahr 2011

A. Unterstützung im Falle von Diskriminierung

Im Jahr 2011 haben 16 Personen Kontakt mit dem BUG aufgenommen, um Beratung zu bekommen, ob in ihrer Situation eine Diskriminierungsklage angemessen erscheint. Dies war bei einigen Personen der Fall.

Seit Januar 2011 wurde die Klage eines jungen Mannes (1), der wegen seiner Hautfarbe bei einer Diskothek in Reutlingen abgewiesen wurde, als Beistand unterstützt. Die Verhandlung am Landgericht Tübingen fand in Juli statt. Eine Diskriminierung wurde zwar festgestellt, aber keine Entschädigung zugestanden. Deshalb wurde dann im September die Berufung eingeleitet. Hierzu fand am 6. Dezember die Verhandlung am Oberlandesgericht in Stuttgart statt. Die Diskriminierung wurde im Urteil bestätigt und eine Entschädigung von 900 € zugestanden.

Seit Frühling unterstützt das BUG die Klage eines jungen Mannes (2), der wegen seiner HIV Infektion während der Probezeit entlassen wurde. Die Verhandlung fand gleichermaßen im Juli statt. Hier würde überwiegend die Öffentlichkeitsarbeit übernommen. Das Urteil erkannte die Diskriminierung nicht an, weshalb im November die Berufung eingereicht wurde. In der zweiten Instanz trat das BUG als Beistand auf. Der Termin für die Verhandlung beim Landesarbeitsgericht Berlin wurde Ende Dezember 2011, für den 13. Januar, bekannt gegeben.

Eine weitere Klage (Diakoniefall 3) wurde bereits in erster und zweiter Instanz verhandelt und liegt nun beim Bundesverfassungsgericht. Das BUG wird bei einem Urteil die Öffentlichkeitsarbeit übernehmen und sich an den Kosten beteiligen, sofern die Klage abgewiesen wird.

Im Oktober und November waren drei weitere Anfragen beim BUG eingegangen (Abweisung bei einem Fitnessclub (4), unterschiedliche Gehaltszahlungen bei verbeamteten und nicht-verbeamteten Lehrern und eine weitere Abweisung bei einer Diskothek in Hannover (5)). Die Fälle (4) und (5) wurden Ende des Jahres intern analysiert und Beistand für die Klagen zugesagt.

B. Lobbyarbeit

Im März 2011 hat das BUG zu einer Sitzung des Bündnisses gegen Diskriminierung (nationale NGOs, der im AGG abgedeckten Gruppen) eingeladen und vorgeschlagen langfristig an einer AGG Erweiterung zu arbeiten. Der Vorschlag wurde angenommen und im Sommer hat das BUG alle erdenklichen Erweiterungspunkte zusammen getragen und in einer Tabelle eingearbeitet. Zwei BUG Mitglieder (Alexander Klose und Monika Bergen wird hierfür ganz herzlich gedankt) und weitere Interessierte unterstützen die Erarbeitung eines Ergänzungstextes. Am 2. November hat eine Redaktionssitzung mit circa 7 Personen

stattgefunden, um ein umfassendes AGG Ergänzungspapier zu erstellen. Eine weitere Redaktionssitzung wurde Mitte Dezember abgehalten. Weiter werden in 2012 folgen. Das Papier wird als Grundlage für Lobbyarbeit vor den Bundestagswahlen in 2013 dienen.

C. Netzwerkarbeit des BUG

- Nichtregierungsorganisationen

Auch in 2011 stand die ehrenamtliche Geschäftsführerin Vera Egenberger mit Vereinen, Verbänden, Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen im Bereich der Gleichstellungsarbeit in Kontakt. Das BUG scheint in den einschlägigen Kreisen nun weitgehend bekannt.

Um die Arbeit am Thema Diskriminierung beim Zugang zu Freizeiteinrichtungen umfassender bearbeiten zu können, hat das BUG im Frühjahr 2011 die Initiative ergriffen und ein Treffen mit anderen NGOs und ADBs organisiert. An diesem Treffen nahmen am 9. Juni 5 NGOs teil. Es wurde verabredet eine gemeinsame Kampagne ins Leben zu rufen, mit der Absicht weitere Klagen in diesem Feld vor Gericht zu bringen. Ein Aufruf für Beratungsstellen und für Jugendliche wurde entwickelt und soweit als möglich gestreut. Bis Herbst gingen nur einzelne Hinweise auf weitere Diskriminierungsfälle beim BUG ein. Ab November wurden dann mehrere Fälle bekannt (Kiel, Leipzig, Hannover, Mannheim). Die lokalen Unterstützer stehen jeweils in Kontakt mit dem BUG und ein konstruktiver Austausch fand statt.

Das BUG hat sich außerdem bei der Koalition eingebracht, die in 2011 den Schattenbericht für den Sozialpakt erstellte. In der Vorbereitung zur Erstellung eines Parallelberichtes zur Behindertenrechtskonvention ist das BUG aktiv geworden.

- zugelassene Anwälte

In 2011 wurde nur in einigen Fällen weiterer Kontakt mit Anwälten gesucht. Da jedoch bei Klagen, die das BUG unterstützt bereits Anwälte eingeschaltet waren, wird nun mit diesen zusammengearbeitet. Die Erfahrungen waren weitgehend positiv.

- ADS

In 2011 hat sich der konstruktive Austausch mit der ADS fortgesetzt. In einigen Fällen wurden Informationen zu BUG Klagen ausgetauscht und Betroffene, die die ADS nicht unterstützen kann, an das BUG weiter empfohlen.

D. Öffentlichkeitsarbeit

- Presse

Begleitend zu den beiden anhängigen Klagen, hat das BUG umfassende Pressearbeit geleistet. Der Disko Fall wurde bei der ersten und zweiten Instanz sowohl lokal als auch bundesweit in circa 30 Fällen aufgegriffen und das BUG wurde zumeist als Unterstützer genannt. Beim HIV Fall wurde in erster eine Pressemeldung versandt, wurde jedoch nur vereinzelt abgedeckt. In den Tagen des 5. Geburtstages des AGG (18. August) hat das BUG gleichermaßen eine Pressemeldung veröffentlicht und wurde in 8 Fällen sowohl in der Presse als auch im Radio zitiert oder interviewt.

Hierdurch konnten gute Kontakte in die Presse aufgebaut werden, die auch zukünftig genutzt werden können.

- Webseite

Die Nutzung der BUG Webseite ist in 2011 angestiegen. Durchschnittlich wurde die Seite 1.500 pro Monat angeklickt. Durch eine Förderung konnte die Seite im Herbst grundlegend überarbeitet werden. Diese hat nun eine verbesserte Struktur und ist erheblich ansehnlicher.

Da sich die Fertigstellung verzögerte, konnte die Webseite Ende Dezember leider noch nicht frei geschaltet werden.

Im Rahmen eines Praktikums haben zwei Jurastudentinnen der Humboldt Universität Berlin das BUG durch die Erstellung von drei Dossiers zum Thema Entgeltgleichheit, Verbandsklagerecht und Diskriminierung beim Zugang zu Diskotheken unterstützt. Diese werden dann bei Neueröffnung der Webseite zugänglich sein.

- Veranstaltung

Da sich beim Disko-Fall anbot eine lokale Diskussionsveranstaltung (29. September) in Reutlingen durchzuführen, hat das BUG die Vorbereitung übernommen. Ziel war es lokale Akteure wie das Jugendamt, die Polizei, das Ordnungsamt, Jugendverbände, etc zu sensibilisieren. Um zu vermeiden, dass es zu Polarisierungen kommt, wurde eine intensive Vorbereitung durchgeführt. Unterstützt wurde die Veranstaltung durch das lokale Kulturzentrum franz.K. Ergebnis der Veranstaltung war es den Aufbau einer lokalen Beratungsstelle bei Diskriminierungsfällen einzufordern. Hierzu fand am 5. Dezember ein Nachfolgetreffen statt. Lokale Verbände waren anwesend und beabsichtigen das Anliegen weiter zu verfolgen.

Es kam zu informellen Gesprächen mit dem Leiter des Ordnungsamtes und der Reutlinger Polizei, bei denen Bereitschaft signalisiert wurde bei weiteren Diskriminierungsfällen ihre Mandate zu nutzen.

Da das Land Baden-Württemberg ein Landesgaststättengesetz erlässt, wurde ab November versucht ein Nichtdiskriminierungsparagraph zu platzieren. Kontakt mit einem Abgeordneten der Grünen des Landtages wurde aufgenommen, der bereit ist sich das Anliegen zu eigen zu machen.

E. Mitgliedschaft in Netzwerken

Das BUG war regelmäßig bei den Sitzungen des ‚Netzes gegen Rassismus‘ anwesend, konnte aber nicht an den Sitzungen des ‚Forum gegen Rassismus‘ teilnehmen.

Da seit Frühjahr 2010 eine regelmäßige Kommunikation zwischen den bundesweiten Nichtdiskriminierungsorganisationen möglich wurde, hat sich das BUG in das ‚Bündnis gegen Diskriminierung‘ eingebracht. Seit Anfang 2011 übernimmt das BUG die Vorbereitung der jährlichen Sitzung und e-Kommunikation. Ende 2011 hat das BUG das ADB Oldenburg unterstützt, um die Sitzung des Bündnisses im Frühjahr 2012 vorzubereiten.

Da für die ADS in 2012 Haushaltskürzungen anstehen, hat das BUG im Rahmen des Bündnisses Solidaritätsbriefe koordiniert.

Durch die Mitgliedschaft im Netz ist das BUG in ENAR involviert und arbeitet dort in der Arbeitsgruppe ‚Policy and Media Committee‘ mit. Dies bietet neueste Informationen bezüglich der Antirassismusentwicklungen auf EU Ebene.

Seit September ist das BUG nun Mitglied im Paritätischen. Ein Förderantrag, wofür diese Mitgliedschaft von Nutzen ist, wurde Ende des Jahres bewilligt.

F. Finanzen

In 2011 gelang es dem BUG bei drei Stiftungen einen Betrag von circa 8.000 € für laufende Kosten und für die Webseite einzuwerben. Hierdurch konnten laufende Kosten wie Miete, Büromaterial und Telefon, etc. abgedeckt werden. Bedauerlicherweise wurden sieben weitere Anträge von Stiftern abgelehnt.

G. Fundraising

Im Rahmen der verabschiedeten Fundraising Strategie, wurde in 2011 Kontakt zu zahlreichen Stiftungen aufgenommen, um die Einwerbung von Mitteln zu sichern. Informationen zu den für das BUG relevanten Stiftungen wurden erweitert und 12 Anträge wurden in 2011 gestellt. Zwei Rückmeldungen standen Ende 2011 noch aus.

Es zeichnet sich ab, dass Stiftungen nur sehr bedingt bereit sind die Aktivitäten des BUG zu fördern. Diese scheinen nur sehr eingeschränkt in die Förderschwerpunkte der bundesdeutschen Stiftungen zu passen.

H. Praktikantinnen

Seit Frühling 2011 betreut die Humboldt Universität eine 'law clinic' mit den Schwerpunkten Menschenrechte und AGG. Hierdurch konnte das BUG im Sommer zwei Praktikantinnen bekommen, die ein einmonatiges Praktikum abgeleistet haben. Die beiden Studentinnen haben Hintergrundrecherchen durchgeführt und an 3 Dossiers für die Webseite gearbeitet. Weitere Praktikantinnen werden dann zukünftig wieder übernommen.

I. Weitere Aktivitäten

- Rechtshilfefonds

Ende 2011 waren circa 2.080 Euro im Rechtshilfefonds. Hiermit kann zukünftig eine Klage unterstützt werden.

- SP 2012 – 2014

Im Sommer 2011 hat Vera Egenberger den Entwurf eines neuen Strategischen Planes 2012 – 2014 für das BUG erarbeitet. Da die Gründung des BUG nun schon knapp 3 Jahre zurück liegt und der erste Strategische Plan seinem Ende zugeht, war es nötig neue Ziel und Schwerpunkte zu definieren. Da nun auch die Gründungsphase abgeschlossen ist und die bislang gemachten Erfahrungen ausgewertet werden konnten wurde ein neuer und profilierterer Strategischer Plan erstellt. Dieser wurde bei der 4. Vorstandssitzung im November verabschiedet.

- Arbeitsprogramm 2012

Außerdem hat Vera Egenberger bis Ende November am Arbeitsprogramm 2012 gearbeitet. Dieses wurde im Dezember per e-mail durch den Vorstand verabschiedet.

Berlin den 31.12.2011